

Dies ist eine persönliche Analyse des Moderators der Webseite, sie ist nicht mit den Vertreter*innen des Bündnisses abgesprochen und repräsentiert so auch nicht deren Einschätzung.

Übersicht über die Analysen zur Kriegspolitik des russischen Despoten (15 Seiten)

Teil 1: Fehleinschätzungen über den russischen Despoten und ein Manifest für die politische Arbeit (03.03.2022)

Teil 2: Analyse der Tradition russischer Politik seit der Oktober-Revolution (22.03.22)

Teil 3: Die sogenannte Ukraine-Krise ist zuerst eine Russland-Krise. – Krieg als Ausdruck der Krise in Russland (31.03.22)

Teil 4: Karl Schlögel zur russischen Politik auf youtube - 2014/2021/2022 (05.04.22)

Anmerkung: Die in den Analysen genannten Dokumente können auf Anfrage zugesandt werden, über: detlev-verkehrswende@posteo.de

- Auseinandersetzung in der Linken zwischen S. Wagenknecht & Co und G. Gysi (2022)

- Rosa Luxemburgs Manuskript zur russischen Revolution (1918)

- Auszug (3 Kapitel) aus K. Schlögel: Entscheidung in Kiew (2015)

Analyse der Fehleinschätzungen über den russischen Despoten und ein Manifest für die politische Arbeit (Teil 1 vom 03.03.2022)

Ich versuche hier, die von mir angemahnte Ursachen-Analyse für die Fehleinschätzung des russischen Diktators zu leisten, da die bisherigen Eingeständnisse von „Fehlern“ und „Irrtümern“ keine kritische Analyse dazu enthalten. (Schema: Wir haben uns geirrt, jetzt ist alles anders – aber wir versuchen möglichst weiterzumachen wie zuvor.)

Meine historisch angelegte These dazu lautet:

Die Fehleinschätzung von Machthabern der Sowjetunion bzw. Russlands hat eine lange Tradition bis in die Weimarer Zeit hinein und ist der unkritischen Parteinahme bzw. Sympathie für die jeweiligen Machthaber/Parteiführer dort geschuldet. Diese Parteinahme hat die linke Bewegung zu allen Zeiten gespalten und ihr bei der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten sowie der Verbreitung bzw. Verankerung von Alternativen zur bürgerlich-kapitalistischen Demokratie nachhaltig geschadet, weitgehend unwiderruflich.

Dies muss endlich ein Ende haben, indem diese Zusammenhänge durchschaut werden.

Zur Einordnung: Diese Analyse richtet sich aktuell gegen die weitere Durchsetzung von Positionen S. Wagenknechts in der Demokratie-Bewegung (Wagenknecht als vermeintliche Linke, deren Positionen denen der AFD nahestehen, zumindest wie sie von A. Weidel zuletzt im Bundestag vorgetragen wurden).

Ich kritisiere Positionen wie die von Wagenknecht und anderen Aktivisten, weil sie meiner Meinung nach in Widerspruch zu den Prinzipien bzw. politischen Werten der Friedens- und Demokratie-Bewegung stehen; zu diesen übergeordnete Prinzipien gehören für mich die Achtung der Menschenrechte überall und, die Unterstützung von Demokratiebewegungen - in kritischer Distanz zu Großmächten, die Souveränität und Demokratie "mit Füßen treten" oder gar für ihre geostrategischen oder regionalen Ziele Krieg führen

So haben wir gegen den verlogenen USA-Krieg gegen den Irak demonstriert, der zudem furchtbare Auswirkungen auf den Terror im gesamten Gebiet hatte. Wir haben damals die damalige BRD-Regierung aufgefordert, ihre Ablehnung beizubehalten gegen den Krieg beizubehalten, auch wenn Saddam ein ausgesprochener Diktator war, der z.B. Widersacher foltern und hinrichten ließ - und es hätte in diesem Zusammenhang zahlreiche Entschuldigungen und Beschönigungen für die Unterstützung dieses Krieges gegeben.

Um meine Position zum Ukraine-Konflikt und den angesprochenen Fehleinschätzungen zu verdeutlichen, gehe ich zunächst auf die Verträge zwischen der NATO und dem russischen Despoten ein:

Russland wurde in den sog. „2+4-Gesprächen“ 1990 tatsächlich der Verzicht auf die NATO-Osterweiterung versprochen (es gibt dazu sogar einen kurzen Filmausschnitt mit entsprechenden Worten Genschers, den ich auf Wunsch rumschicken kann), aber unter Jelzin stimmte die russische Seite 1997 dem damaligen Stand der Ost-Erweiterung in der sog. „NATO-Russland-Grundakte „quasi zu, und bekannte sich darin zum Gewaltverzicht und Anerkennung von "Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit" mit Verweis auf die Helsinki-Schlussakte (1975). In Kenntnis dieses Vertrages versucht übrigens der russ. Despot der Ukraine die Eigenstaatlichkeit abzusprechen und beschwört schon im Sommer 2021 "historische Einheit der Russen und Ukrainer" (Titel seines Essays), worin er deutlich macht, dass er Belarus, die Ukraine als ein "dreieiniges Volk" ansieht. Spätestens mit der Veröffentlichung dieser großrussischen Großmachtphantasien dürfte die Kriegsvorbereitung gegen die Ukraine begonnen haben oder in vollem Gange gewesen sein, was kritische Geister evt. schon damals bemerkt haben könnten. (Dafür hätte man aber dieselbe kritische Distanz gebraucht, wie wir sie gegenüber USA-Verlautbarungen i.d.R. haben.)

Die NATO verpflichtete sich in der Grundakte, keine größeren militärischen Aktivitäten in den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten durchzuführen und nicht Kampfverbände dauerhaft zu stationieren. (Das scheint die NATO aber zu umgehen, indem diese Verbände eben halbjährlich ausgewechselt werden.) Allerdings bot die NATO noch im gleichen Jahr Polen, Tschechien und Ungarn Verhandlungen zum NATO-Beitritt an. Nun sagt zwar von v. Dohnanyi, ein Kenner der damaligen Vertragsverhandlungen und Russland-Zugeneigter, Jelzin sei damals nicht mehr zurechnungsfähig gewesen - immerhin war der nach 1997 noch 2 Jahre im Amt und Lavrov, der übrigens Verteidigungsminister unter vier russ. Präsidenten war – welche Kontinuität! - auch nicht zurechnungsfähig? - Was wird man später über den heutigen russischen Aggressor sagen, dem einige Beobachter schon heute attestieren, „nicht ganz bei Sinnen“ zu sein?

Schnell wieder unpolemisch: Auch Trump tat ein Übriges an Eskalation, als er aus - die Europäer besonders betreffenden - Abrüstungsverträgen ausstieg (auch dem hatte ich einen G. Elser aus CIA-Kreisen gewünscht, sind ja erfahren darin.).

Ich kann im Übrigen es den an Russland grenzenden Demokratien nicht verdenken, dass sie sich unter die „NATO-Sicherheitsgarantien" flüchten, angesichts der unverhohlenen geäußerten Pläne, den einstigen sowjetisch kontrollierten Einflussbereich wiederherstellen zu wollen, was unter dem Anspruch des "unteilbaren Sicherheitsinteresses" propagiert wurde und wird.

Egal, wie (hoch) man die Mitverantwortung der NATO einschätzt - auch ich sehe die vorangetriebene Ost-Erweiterung kritisch – Rumänien 2004, seit 2008 waren auch die Ukraine und Georgien im Gespräch, u.a. von der Bundesregierung jedoch abgelehnt – aber die Souveränität und Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen dürfen nicht angetastet werden und müssen auch für wünschbare Sicherheitsverhandlungen bedingungslos respektiert werden. (Auch dafür gab es bereits Vorschläge, das würde aber hier endlos.) Insofern wirken die jüngst von russischer Seite angebotenen Friedensverhandlungen als lächerliche Kriegspropaganda zugunsten der Installierung eines von Moskau abhängigen Marionettenregimes. Und ohne polemisch zu werden:

Die gegensätzliche, ideologische Füllung oder Entleerung von anerkannten Begriffen in der russischen Kriegspropaganda (Krieg als „Spezial-Operation“ und Befreiung, angebliche „Entnazifizierung – der Dieb ruft: „Haltet den Dieb!“ -, Genozid, ein von B. Ferencz als Ankläger 1947 eingeführter Anklagepunkt bei den Nürnberger Prozessen, heute „Völkermord“ beim Int. Gerichtshof in Den Haag), all dies lässt an die Begriffs-Umdeutungen der Nazis denken; dazu gehören auch Reminiszenzen an den Angriff auf Polen, was Umstände und der Versuch eines Blitzkrieges mit mehreren Fronten betrifft. Insgesamt steht der Angriff aber in der Tradition stalinistischen Denkens und der militärischen Niederschlagung der Demokratie-Bewegung des „Prager Frühlings“ im August 1968 unter Breschnew. (Einklassifizierung dazu s.u.)

Nun zu meiner historischen Analyse des Verhältnisses „linker“ Bewegungen und Parteien zur Sowjetunion, denn die historische Genese von Positionen der S. Wagenknecht und anderen reicht natürlich weiter zurück in die Zeit von DKP (an der Uni MSB und SHB), später PDS, als Vertreter dieser Positionen; die genannten Parteien pflegten eine große Nähe zu der Groß- bzw. Supermacht UdSSR und der damaligen DDR und wurden von den dort herrschenden Parteien instruiert und geschult. (Die DKP und deren Parteizeitung UZ wurden zB. nachweislich von der DDR mitfinanziert.) In dieser Zeit fand die politische Sozialisation vieler heutiger 65plus-Aktivistinnen statt, die in der Folgezeit auch die Friedensbewegungen vielerorts dominierten. In diesem Zusammenhang wurden ideologische – und wie sich später herausstellte, falsche – Positionen vertreten, im Besonderen die verbrämte Hofierung der DDR als dem "real existierenden Sozialismus" – einer sublimen Form enttäuschter Hoffnungen auf einen sozialistischen Staat – und die Unterstützung der UdSSR als Friedensmacht, die dem US-Imperialismus die Stirn bietet und schließlich die Befreiungsbewegungen in der Welt unterstützt. (Dass schon damals diese Unterstützung zunehmend instrumentalisiert wurde für die Sicherung von Einflusszonen mit politischer Kontrolle der unterstützten Freiheits-Bewegungen und zur Führung von Stellvertreter-Kriegen, sei hier nur am Rande erwähnt.)

Viel auffälliger war die politische Kontrolle der Warschauer-Pakt-Staaten durch die UdSSR und deren wirtschaftliche Ausbeutung (verordnetes Prinzip der „sozialistischen Arbeitsteilung“, wonach den einzelnen Staaten im Pakt-Gebiet einzelne Produktionsbereiche zugeteilt wurden, was die Abhängigkeit von der SU auch wirtschaftlich zementierte). Deutlich war auch damals schon die Sicherung der autoritären Alleinherrschaft der kommunistischen Parteien in den genannten Ländern - durch militärische Drohung und militärische Intervention (Unterdrückung des "Prager Frühlings" als bekanntes Beispiel).

Dieses imperiale Verhalten der UdSSR hat natürlich noch tiefere Wurzeln, nur andeutungsweise sei hier die KomIntern genannt, die in der Weimarer Zeit unter der Führung der sowjetischen KP zunehmend sowjetischen Interessen diente und zu tragischen Fehleinschätzungen der damaligen KPD führte: die SPD als „sozialfaschistische Partei“, die Strategie einer sozialistischen Revolution gegen die aufkommende faschistische Gefahr und schließlich die Verteidigung des Hitler-Stalin-Paktes, was den Widerstand gegen Hitler entscheidend schwächte. (Das wird auch von „linken“ Historikern so eingeschätzt, aber oft ohne die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen.) Auch die im heutigen Russland sichtbare Ausschaltung politischen Widerstands, teils durch Mord, teils durch Unrechts-Justiz hatte unter Stalin seinen Vorläufer: in den berüchtigten Moskauer Prozessen und im politischen Mord an zu Volksfeinden erklärten Politikern (als bekanntes Beispiel Trotzki im Exil 1940), sodass sogar Brecht, der rechtzeitig über Wladiwostok aus Moskau fliehen konnte (05/1941), er wäre wegen seiner politischen Unabhängigkeit verhaftet worden, kommentierte: Die Diktatur in der SU sei keine Diktatur *des* Proletariats, sondern *über das* Proletariat; besonders niederträchtig war auch die Ermordung anarchistischer Widerstandskämpfer im Spanischen Bürgerkrieg, weil diese nicht der Moskauer Parteilinie folgten. (Kain erschlägt Abel.)

Während sich die meisten maoistisch beeinflussten Linken von dem Beispiel der chinesischen Revolution abwandten, spätestens nach den Völkermord-Massakern des - von China unter Deng Xiaoping unterstützten - kambodschanischen Pol-Pot-Regimes und dem von China angezettelten Grenzkrieg gegen Vietnam (das Land des früheren HỒ Chí Minh!) in den späten 70-iger Jahren. – Die heutigen Vertreter dieser maoistischen Linken wirken mit ihren Revolutions-Aufrufen wie Real-Satire, wir lachen darüber, dagegen hielt die Sympathie zur - mit den USA konkurrierenden - Hegemonialmacht UdSSR bei einem Teil der linken Bewegung an, sie können bis heute nicht über ihre naiven und falschen Einschätzungen zur DDR und SU unter Breschnew lachen. Diese hartnäckige Sympathie gründet wahrscheinlich in dem fürchterlichen Blutzoll der Sowjetunion im Krieg gegen die Nazis (immer wieder argumentativ betont), zumal Stalin als Befreier vom NS-System bei den links gesinnten Bürger*innen einen Vertrauensvorschuss hatte. Auf diesem Hintergrund wähten sie in der SU einen Verbündeten gegenüber den Aggressionsverbrechen der damaligen USA in Vietnam, später in Chile und anderswo, wogegen sich in Deutschland breiter Widerstand formte. In der Folge initiierte die 68-iger-Bewegung eine erfolgreiche Kultur-Revolution, von deren Schwung und nach deren Auflösung die DKP und mit der UdSSR sympathisierende Parteien profitierten.

Ein psychologisches Phänomen bei den alten und neuen Russland-Zugeneigten kommt hinzu: Wer sein politisches Aktiven-Leben lang der SU und Russland immer mehr oder weniger verbunden war, politisch entsprechend sozialisiert ist, hat es schwer, unter veränderten Bedingungen seine – nicht mehr passende – verfestigte Sichtweise abzulegen oder grundlegend zu verändern, sie wird zunehmend zu einem „Tunnelblick“, der die freie Urteilskraft – ein hier passender Begriff H. Arendts – beeinträchtigt. (Eine Impfgegnerin verteidigte ihr Verhalten mit der Begründung, ihre Impfverweigerung aus Allergie-Gründen sei ihr Lebenswerk, das sie von „so einem Virus“ nicht zerstören lasse. – Sehr menschlich, aber auf den politischen Bereich übertragen äußerst gefährlich.) So kann auch ein blutiger

Angriffskrieg, der die wahren Absichten eines Despoten unzweideutig entlarvt, evt. nur oberflächliche Lippenbekenntnisse („Fehleinschätzung“) hervorbringen, aber die grundlegende Einstellung kaum verändern oder sie gar unverändert lassen. Dieses Phänomen war im Extrem z.B. bei der Friedenskundgebung am Sa, 26.02. (Bertha-von-Suttner-Platz) zu beobachten, als DKP-Kämpfer Transparente hochhielten mit der Forderung nach „Frieden für Russland und China“ – absurd! Gutwillige Friedens-Bewegte verließen empört die Veranstaltung, die von einigen Ewig-Gestrigen zu einer Kriegs-Kundgebung gemacht werden sollte.

Nicht die einzige Absurdität: Nach dem Mordanschlag auf Navalny (08/2020) argwöhnte S. Dagdelen, Mitunterzeichnerin des o.a. Schreibens der Linken, der russische Oppositionspolitiker könne doch vom deutschen Geheimdienst vergiftet worden sein, um Stimmung gegen Russland zu machen; kein Anzeichen von Selbstkritik, als Navalny in Russland wegen Nichtmeldung bei Polizeibehörden, als er in der Charité um sein Leben rang, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Der russische Despot höhnte: Wenn man Navalny hätte umbringen wollen, hätte man es auch geschafft.

Das Auffallende aber ist nun, dass auch Attac-Mitglieder sich an der Reinwaschung beteiligten und beweiskräftige Recherchen gegen den russischen Geheimdienst, z.B. der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), als unbewiesen oder geheimdienstlich gesteuert diskreditiert wurden, z.T. mit Verweis auf das russische Propaganda-Organ RT, das man ja ebenfalls nutzen sollte anstelle der „Mainstream-Medien“, übrigens ein Begriff, der auch von den rechten Bewegungen propagandistisch benutzt wird. Auch jüngste Warnungen vor der Aggressivität des russischen Despoten und der offensichtlichen Kriegsgefahr durch den für alle sichtbaren Aufmarsch russischer Truppen wurden mit Hinweis auf diese Propaganda-Organ abgetan, als letzte Absurdität kam der Hinweis, man solle doch die Rede des Despoten im „Anti-Spiegel“ nachlesen, um sich von dessen Friedfertigkeit zu überzeugen. (In Wahrheit war diese Rede die Begründung für den am nächsten Morgen stattfindenden Überfall auf die Ukraine, was ein kritischer Leser leicht hätte herausfinden können, da darin u.a. die Eigenstaatlichkeit der Ukraine bestritten und die Ideologie eines vereinigten Russenreiches deutlich wurde.)

Ich will nicht auf weitere Einzelheiten der unwürdigen Verteidigung des russischen Despoten eingehen, was deutlich werden sollte ist die fehlende Analyse-Fähigkeit in Fragen der russischen Außenpolitik und in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Wahlfälschungen im Land. (Zu letzterem sei verwiesen auf das höhnische Spiel bei der Petersburger Wahl im Sept. 2021, als dem beliebten Oppositionspolitiker Boris Wischnewski mit zwei weiteren zur Wahl aufgestellten Boris Wischnewskis der Wahlsieg genommen werden sollte.)

Solche offensichtlichen verhöhnenden und Verwirrung stiftenden geheimdienstlich inspirierten Methoden und die gewaltsame Unterdrückung der Opposition verweisen auf typische Merkmale der Politik des russischen Despoten. So schreibt der Aachener Professor Helmut König in seiner lesenswerten Analyse „Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co“ (Bielefeld 2020):

„Sobald der Präsident mit seinen Ansprüchen und Vorstellungen irgendwo in Schwierigkeiten gerät, greift er zu den in seinen Augen einzig möglichen Mitteln: Angst machen Schre-

cken verbreiten, mit Gewalt drohen und Gewalt anwenden. Putin ist davon überzeugt, dass die Suche nach Verhandlungslösungen in Konflikten prinzipiell nichts bringt und allenfalls die zweitbeste Lösung ist. Der Präsident ist tatsächlich von seinem ganzen Naturell her so unfrei, autokratisch und unfähig zu jeder Kommunikation, wie Anna Politkowskaja ihn am Ende seiner ersten Amtsperiode im Jahre 2004 beschrieben hat (...)" (S. 203)

Nun kann man zwar einwenden, dass Weltpolitik nicht von Einzelpersonen abhängt, allerdings ist der persönliche Einfluss gerade von Diktatoren auf deren Verlauf doch hoch, wie es gerade der Aggressionskrieg gegen die Ukraine zeigt. – Wieso schaffen es kritische Geister eigentlich nicht, schlauer zu sein als die häufig als bürgerliche Wissenschaft abgetanen Russland-Analysen? Meine Antwort dürfte klar sein, weil aus der langen Tradition falsch verstandener Russland-Freundschaft sowie fehlender Distanz zu russischen Großmachtansprüchen und Menschenrechtsverletzungen es immer wieder zu Falsch-Einschätzungen kommt. Damit zusammenhängend wird zur Beschönigung und Relativierung dann immer wieder auf die gleichzeitig bestehenden Hegemoniebestrebungen der anderen Großmacht USA hingewiesen, wobei die Argumentationslogik naiv erscheint: Hingewiesen auf Menschenrechtsverletzungen und Demokraten-Verfolgung in Russland, wird z.B. damit gekontert, dass die USA aber hinter der Unterdrückung der Demokratie-Bewegung in Kolumbien oder anderswo steckten... - Diese Vergleichslogik, nach der das Unrecht der einen Seite mit dem Unrecht der andere Seite relativiert oder gewichtet wird, ist irrational und ideologisch, sie entspringt auch der o.a. Tradition, das Unrecht in Russland zu beschönigen, es nicht als relevant für Proteste oder Kritik erscheinen zu lassen. – Liebe Freunde, so geht das nicht mehr!

Schließlich noch zu den derzeitigen Machthabern beider Seiten: Es muss gesagt werden: Biden ist nicht Kennedy, Nixon oder gar Trump, er hat sich bisher im Ukraine-Krieg eher zurückgehalten, lehnt eine – direkte – militärische Beteiligung ab (siehe auch das Gysi-Schreiben), womit ich aber keinesfalls Sympathie mit den weiterhin bestehenden hegemonialen Bestrebungen der USA ausdrücken möchte. (Allerdings braucht auch die Konfrontation mit China eine Neubestimmung, denn das Motto Xi Jinpings „Harmonie durch Vorherrschaft“ und seine angestrebte Neuordnung der Weltwirtschaft in diesem Sinne lassen nichts Gutes vermuten, wie Matthias Naß ausführlich darlegt – vgl. „Drachentanz“, München 2021)

Aber der heutige russische Depot gleicht doch eher den früheren Figuren wie Stalin und dem Anstreicher, wie oben argumentativ dargestellt. Seine offensichtlich projektive Kriegspropaganda gegenüber der ukrainischen Regierung („Nazis“, „Drogensüchtige“) und der unbedingte Glaube an seine historisch-imperiale Mission eines Groß-Russland lassen den Verdacht aufkommen, dass er nicht recht von Sinnen ist, zumindest dürfte von ihm keine auf Ausgleich gerichtete Verhandlungsbereitschaft zu erwarten sein.

Die Unterschiede in den Staatsführungen der nun wieder um Hegemonie konkurrierenden Mächte liegt politisch darin begründet, dass in demokratisch orientierten Staaten eine Abwahl der Machthaber möglich ist – auch wenn dies in den USA fast gescheitert wäre (und wenn Kohl und Merkel unerträglich lange Amtszeiten hatten), wogegen in Diktaturen sich die Alleinherrscher ein lebenslanges Amtsrecht zu sichern suchen, auch durch Unterdrückung der Demokratiebewegung und Missachtung der Menschenrechte sowie durch Ver-

haftung und Ermordung ihrer Widersacher. (Vgl. auch Xi in Peking mit absoluter Kontrolle der Bevölkerung und die Ermordung tausender Demonstranten unter Deng auf dem Tian'anmen 1989; die Auslöschung dieser Ereignisse aus der Geschichte Chinas unter Xi ist so total, dass Internet-Zensoren für ihre Lösungs-Arbeit besonders historisch nachgeschult werden.) Solche Verbrechen geschehen jüngst in Belarus durch gezielte Todesschüsse auf Demonstranten, in Russland selbst und nun für alle überdeutlich sichtbar in der Ukraine, wo der russische Despot unerträgliches Leid über die Menschen dort bringt, die (ehemalige!) europäische Friedensordnung zerstört und durch Alarmierung seiner Atomstreitmacht gar mit einem Atomkrieg droht, was eine Welle von Aufrüstungsmaßnahmen mit Geldern provoziert, die für den Klimaschutz nicht mehr zur Verfügung stehen.

Meine Folgerungen für **Prinzipien und Werte** der politischen Arbeit, ein **Manifest**:

Zu diesen Prinzipien gehören:

- die Achtung der Menschenrechte überall und ungeteilt;
- die Unterstützung von Demokratiebewegungen gegen autoritäre oder diktatorische Regimes, unabhängig von übergeordneten, v.a geopolitischen Überlegungen oder Relativierungen;
- die kritische Distanz zu - auch aufstrebenden - Großmächten, die Souveränität und Demokratie in anderen Ländern bedrohen oder für dagegen gerichtete Ziele Krieg androhen oder gar führen. Dazu gehört zudem die Achtung der UN-Charta, im Besonderen auch die Achtung bestehender Grenzen („territoriale Unversehrtheit“) und ein unbedingter Gewaltverzicht.
- die Arbeit für Frieden und Gerechtigkeit, dabei auch für die Verminderung von Kriegsgefahren. Wieviel (Ab-) Rüstung dafür notwendig ist, bedarf einer erneuten Einschätzung der Gefahrenlage in Europa und der Welt und muss veränderte historische Bedingungen, wie den Überfall auf die Ukraine, berücksichtigen. Ein Land muss in einem – ggf. zu veränderndem – Verteidigungs-Bündnis dazu fähig sein, die eigene Freiheit, Demokratie und Sicherheit zu verteidigen, um nicht militärisch erpressbar zu sein.
- in Diskursen über unsere Positionierungen wird die Logik gültiger Argumentation beachtet: Relativierende Vergleiche mit Bezug auf anderswo stattfindende Menschenrechtsverletzungen, die nicht unmittelbar mit der infrage stehenden Verhandlungssache zusammenhängen (zur Aufrechnung des Übels einer Seite mit Verweis auf das Übel der anderen Seite), sind zu unterlassen.

Auf dieser Basis können wir meiner Meinung nach wieder zu einer weniger angespannten Zusammenarbeit in den politischen Organisationen zurückfinden und sinnvolle Stellungnahmen bzw. Analysen für die Öffentlichkeitsarbeit entwickeln.

Detlev Wöske (03.03.22)

Analyse der Tradition russischer Politik seit der Oktober-Revolution (Teil 2 vom 22.03.22)

Wer geglaubt hätte, die blutigen Kriegsverbrechen des russischen Despoten in der Ukraine seien halt ein „großer Fehler“, dazu noch von der NATO verursacht, Russland sei gar „von der NATO in den Krieg getrieben“ worden, dem sei eindringlich auf die wachsende

Kriegsgefahr in Europa hingewiesen, die durch die russische Politik schon seit Jahren angelegt ist. Diese Kriegsgefahr entsteht nicht nur durch den menschenverachtenden Krieg Russlands in der Ukraine und die militärischen Drohungen, zuletzt auch gegenüber Finnland und Schweden, sondern durch folgende Faktoren – unter der Voraussetzung, dass der russische Despot an der Macht bleibt, was leider anzunehmen ist:

- In Russland ist nach der Machtübernahme des russischen Geheimdienstlers und mit dem Ende der sog. Perestroika Gorbatschows eine Sehnsucht nach stalinistischer Härte und Ordnungspolitik geschürt worden, die in Verbindung mit großrussischen Träumen, wie der Despot sie mit historischen Bezügen auf Lenin und Stalin begründet, zu einer echten Kriegsgefahr geworden sind. Hierzu eine typische Meinung eines russischen Bürgers, von Swetlana Alexijewitsch, (2013 Friedenspreis des dt. Buchhandels, 2015 Nobelpreis für Literatur) veröffentlicht: „Ein großes Russland ist ohne den großen Stalin nicht zu schaffen.“ (Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus, München 2015, zuerst veröff. 2013, S. 41). Dazu mehr weiter unten.

- Die blutige Spur der Kriegsverbrechen hat inzwischen Ausmaße erreicht, die auf Jahre, vielleicht gar auf Jahrzehnte nicht mehr „gutzumachen“ sind. Dies macht eine friedliche Perspektive der russischen Außenpolitik fast unmöglich.

- Zugleich ist es kaum vorstellbar, dass mit der Erfahrung dieses Umgangs mit internationalen Konflikten – Verhandlungen mit Drohung der „Pistole an der Schläfe“ – eine erfolgreiche Verhandlungslösung oder gar eine Friedenskündigung mit dieser russischen Führung möglich wäre; u.a. fehlt nun jede Art des Vertrauens, z.B. auf Vertragstreue. – Und: Wer wollte die blutigen Hände dieser Regierung noch schütteln?

- Der Rückgriff auf Fehler Lenins in der Nationalitätenfrage – Lenin hatte nach 1917 das „freie Selbstbestimmungsrecht der [russischen!] Nationen“ gefordert, in der Hoffnung, die Bevölkerung der ehemals russischen Gebiete würden sich für die Revolution entscheiden – lässt nichts Gutes vermuten: Die Abspaltung der einzelnen Teil-Republiken betraf nicht nur die Ukraine, sondern auch Finnland, Teile Polens und andere südost-europäische Gebiete, was – übrigens auch nach Meinung R. Luxemburgs – die (zaristische) Großmacht Russland „zerfallen“ ließ. - Damit wären die Pläne der Wiederherstellung einer großen „Sowjetmacht“ mit der Einbeziehung der Ukraine evt. noch nicht abgeschlossen.

Die russisch-stämmige Autorin Swetlana Alexijewitsch (s.o.) schreibt 2013 zur Situation in Russland:

„In der Gesellschaft gibt es ein neues Bedürfnis nach der Sowjetunion. Nach dem Stalin-Kult. Die Hälfte der jungen Menschen zwischen neunzehn und dreißig hält Stalin für einen »großartigen Politiker«. Ein neuer Stalin-Kult [...]

Veraltete Ideen leben wieder auf: vom großen Imperium, von der »eisernen Hand«, vom »besonderen russischen Weg« ... Die sowjetische Hymne ist zurück, es gibt wieder einen Komsomol, nur heißt er jetzt »Die Unseren«, es gibt eine Partei der Macht, die die Kommunistische Partei kopiert. Der Präsident hat die gleiche Macht wie früher der Generalsekretär. Die absolute Macht. Statt Marxismus- Leninismus haben wir jetzt die Orthodoxie. [...]" (S. 17)

Und dies sei für die „Die-NATO-ist-schuld-Linken“ – Titel eines Kommentars in der taz vom 07.03. (<https://www.taz.de/!5834130>) – gesagt: Die Sowjetunion hat seit ihres Bestehens Konflikte über den richtigen Weg zum Sozialismus mit Gewalt gelöst, und das nicht erst seit Stalin: Ein beredtes Beispiel dafür ist die Niederschlagung des Kronstädter Matrosenaufstandes im März 1921, vor genau 100 Jahren, als die Matrosen, übrigens das Rückgrat der Bolschewiki bei der Eroberung der politischen Macht 1917, unter der Parole „Alle Macht den Sowjets – Keine Macht der Partei“ auftraten - gegen die Zentralisierung aller politischen Macht bei der KPR durch Lenin und Trotzki und für Rede- und Versammlungsfreiheit. Bei der Erstürmung der Kronstädter Festung im 2. Anlauf haben Lenin, Trotzki und Sinowjew ca 10.000 Rotarmisten in den Tod geschickt und tausende der Kronstädter Matrosen töten, z.T nach deren Gefangennahme einfach hinrichten lassen. (vgl.: <https://www.deutschlandfunk.de/vor-100-jahren-in-russland-der-matrosenaufstand-von-100.html>) Sinowjew, bis 1926 Mitglied des Politbüros, dann getreuer Gefolgsmann Stalins, hatte die Meinung vertreten, dass man 10 Mio Russen, die angeblich nicht vom Sozialismus zu überzeugen wären, vernichten müsse; er selbst wurde dann 1936 von Stalin wegen „Verrats“ hingerichtet.)

Wer sich darüber genauer informieren möchte, dem sei die Lektüre von R. Luxemburgs Einschätzung der russischen Revolution von 1918 empfohlen (auf Anfrage erhältlich), in der sie schon 1918 leidenschaftlich die Bedeutung umfassender Demokratie für den Aufbau des Sozialismus vertritt, ausdrücklich gerichtet gegen die Auflösung der 4. Duma und gegen die Zentralisierung der Macht bei der KP Russlands durch Lenin und Trotzki, was die Ausschaltung demokratischer Prozesse bedeutete und in der Folge die Abschaffung der Rede-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit mit sich brachte. Und die Lektüre sei auch allen denjenigen besonders empfohlen, die sich Illusionen gemacht haben über das Sozialistische des realen Sozialismus in der DDR und in den Warschauer Pakt-Staaten insgesamt, da sie 1918, prophetisch anmutend, das Scheitern einer demokratielosen Ein-Parteiherrschaft vorhersagt. Der Warschauer Pakt ist übrigens ein Bündnis gewesen, in dem Konflikte und Meinungsverschiedenheiten mehrmals durch das russische Militär „gelöst“ wurden (DDR 17. Juni, Ungarn, CSSR) und das politisch und wirtschaftlich unter der Kontrolle der jeweiligen russischen Führung stand.

Diese Tradition, Konflikte und gegnerische Meinungen mit Gewalt und Krieg zu unterdrücken, hat, wie man sieht, eine sehr lange Tradition und ist nach Meinung von S. Alexijewitsch in die russische Erinnerungskultur eingeschrieben, die, wenn nicht kritisch geläutert, sondern ausdrücklich beschworen, eine große Gefahr für die russische Gesellschaft und den Frieden in Europa darstellt.

Deshalb warne ich davor, die Politik des russischen Despoten ein weiteres Mal falsch einzuschätzen! Es besteht eine ernste Gefahr für den Frieden in Europa.

Detlev Wöske (22.03.22)

„Die sogenannte Ukraine-Krise ist zuerst eine Russland-Krise.“ (K. Schlögel) – Analyse innerrussischer Faktoren für die kriegsbereite Außenpolitik (Teil 3 vom 31.03.22)

Mein 3. Analyse-Teil setzt sich vor allem mit den innerrussischen Einflussfaktoren für die Erklärung des Angriffskrieges auseinander.

Das o.g. Zitat von K. Schlögel entstammt seinem Buch „Entscheidung in Kiew“ (Ffm 2017, zuerst erschienen München 2015), das er 2015 nach der Erfahrung der Krim-Annektion und angesichts des beginnenden Donbas-Krieges (bis heute mehr als 10.000 Opfer) geschrieben hat; sie bedeutet, dass die russ. Führung Kriege führt, nicht wegen der NATO-Osterweiterung, sondern wegen seiner massiven ökonomischen Probleme - nach wie vor werden ca 40% der Wirtschaftsleistung durch den Verkauf von Rohstoffen erbracht, Niedergang der Wirtschaft, Nichteinhaltung von Plänen zur Steigerung des Konsumniveaus -, wegen seiner politischen Probleme - Entwicklung zur Diktatur; Distanzierung junger Menschen und Teilen der Intelligenz - und wegen der ideologisch gestützten Pläne für ein Groß-Russland.

Der Autor des o.g. sehr lesenswerten Buches ist ein alter Freund von Land und Leuten Russlands, der durch zahlreiche Reisen und Aufenthalte in der Sowjetunion und in Russland das Land lieben gelernt hat und für einen politischen und wirtschaftlichen Dialog mit Russland für ein europ. Friedenssystem eingetreten ist, allerdings mit Distanz zum Sowjetsystem, wie er schreibt, dann mit anfänglicher Sympathie zum russ. Präsidenten nach dessen versöhnlicher Rede im deutschen Bundestag 2001. Dessen aggressive Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 und vor allem die Krim-Annektion 2014 waren für ihn der Grund zu neuem Nachdenken und ein Wendepunkt in seiner Einschätzung, was er für eine Vielzahl von ehemaligen Russland-Freunden (wie ihn selbst) so beschreibt:

„Und so kommt es, dass fast alle, die »dort« gewesen sind, sich immer willkommen und gut aufgenommen wussten, dass für viele, denen der Stress, die Indifferenz und »die Kälte« des Westens unbehaglich waren, Russland so eine Art Ersatzheimat geworden ist - eine Ersatzheimat, die sich in der Härte der postsowjetischen Welt aufgelöst zu haben scheint.“ (S. 32)

Ich zitiere im Folgenden zwei aussagekräftige Stellen aus Schlögels Analyse zur Begründung seiner im Buch vertretenen Einschätzung (und lege zum Nachlesen 3 Kapitel daraus als zitierfähige pdf-Datei bei):

„Das große Russland ist nicht Opfer, so sehr Putin sich dazu stilisieren möchte. Die Erniedrigung und Demütigung, von der er immer wieder spricht und aus der er demagogisch Kapital schlägt, ist nicht durch Einkreisung und Bedrohung von außen erzeugt, sondern durch die beschämende Situation im größten Land der Welt, das sich unter Putin als unfähig erweist, die notwendigen Schritte ins 21. Jahrhundert zu tun.“ (S.36)

Und mit Bezug auf die Krim-Besetzung 2014 schreibt er 2015 (!), was sich jedoch wie ein Kommentar zum heutigen Krieg gegen die Ukraine liest:

„Was als Blitzaktion gegen die Krim begann, ist in einen unerklärten Krieg übergegangen, dessen Ende nicht absehbar ist. Putin hat die Ukraine nicht in die Knie zwingen können, bisher jedenfalls nicht, eher umgekehrt: Wider Willen wurde er zum Geburtshelfer einer Nationsbildung, die unter weniger dramatischen Umständen vermutlich Jahrzehnte oder Generationen gedauert hätte. Aber nicht nur ist seine Rechnung nicht aufgegangen, sondern er hat Russland in eine Sackgasse geführt, in die ihn kein Embargo, kein Containment, keine Sanktionen und kein noch so böses Reich des Bösen je hätte führen können - eine Situation, in der niemand sagen kann, was als Nächstes passieren wird.“ (S. 34)

Sieben Jahre später haben wir gesehen, was passiert, es waren Jahre der Abschaffung der Demokratie, u.a. auch durch die Verfassungsreform von 2020, der militärischen Aufrüstung hin zu „Eskalationsdominanz“, ein Wort, das schon Schlögel in seiner Charakterisierung der aggressiven russ. Außenpolitik verwendet, und hin zur ideologischen Rechtfertigung von rückwärtsgerichteten, religiös getönten Phantasien für ein großrussisches Reich für die von westlichen Werten Gesäuberten. – Diese drei Aspekte sollen im Folgenden erläutert werden, angefangen mit einer militärstrategischen Analyse von Heinrich Brauß und Joachim Krause vom 30.05.2019.

(<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2019-2005/html>)

Die genannten Autoren gehen davon aus, „dass auch eine weitere Modernisierung luftgestützter Marschflugkörper stattgefunden hat, die radarabweisende Fähigkeiten aufweisen und Reichweiten von bis zu 3.000 km und mehr haben. (...) All die hier genannten Flugkörper können nuklear und konventionell bestückt werden. Hinzu kommt, dass Russland seit Jahren strategische nukleare Angriffssysteme so modifiziert, dass diese auch gegen Europa eingesetzt werden können.“ Zudem gehe sie davon aus, dass Russland hyperschnelle Mittelstreckenraketen entwickelt, von ihnen „Raumgleiter“ genannt: „Diese Gleiter können auch gegen Ziele in Europa eingesetzt werden – seien sie konventionell oder nuklear bestückt.“ Die militärstrategische Analyse kommt zu folgendem bemerkenswerten, wiederum fast prophetischen Fazit:

„Die Motive hinter den massiven russischen Rüstungsanstrengungen im Bereich präziser Mittelstreckenwaffen in Europa (...) sind nicht die Folge westlicher Rüstungsanstrengungen oder politischer Missverständnisse, sondern sie sind Konsequenz eines strategischen Konzepts der russischen politischen und militärischen Führung, welches darauf abzielt, Kriege an der europäischen Peripherie führen und erfolgreich zu Ende bringen zu können (einschließlich mit durch Nuklearwaffen untermauerter Eskalationsdominanz). (...) Derartige Vorbereitungen auf russischer Seite (müssen) als Versuch gesehen werden, für von Moskau initiierte regional begrenzte Kriege im baltischen Raum oder in der Schwarzmeerregion die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die NATO nicht eingreift und so die Abschreckung der NATO unterlaufen werden kann. Diese Anstrengungen im Bereich der Mittelstreckenwaffen passen in das Muster einer russischen Politik, welche die strategische Konfrontation mit dem Westen sucht.“ – Wiederum eine Aussage, die auf den zweieinhalb Jahre danach geführten Angriffskrieg genau zutrifft.

Nun zu den innenpolitischen Entwicklungen, die hier mit der Verfassungsreform vom Sommer 2020 erläutert werden, und zwar anhand einer Analyse von Wolodymyr Iwanow, Pawlow Klimkin und Andreas Umland von 09/2020 (<https://pw-portal.de/putins-russland/41151-putins-neues-russland-nach-der-verfassungsreform-die-sicht-aus-kiew>) [*A. Umland hat als Ost-Europa-Experte an verschiedenen Instituten und Hochschulen in Kiew gearbeitet; vgl. dazu wikipedia*] Das Autorenteam geht von der folgenden These aus:

„Verschiedene neue Bestimmungen der russischen Verfassung könnten Bedeutung erlangen, um dieses oder jenes militärische oder hybride Vorgehen Moskaus gegen prowestliche Tendenzen nicht nur in Kiew, Kischinau und Tiflis, sondern jetzt auch bezüglich Minsk zu rechtfertigen.“

Zur Begründung weisen sie besonders auf den neugefassten Artikel 79 hin, der es Russland ausdrücklich erlaubt, innenpolitischen Interessen und Erfordernisse Vorrang haben vor Verpflichtungen aus internationalen Verträgen; dort heißt es: „Entscheidungen zwischenstaatlicher Organe, die auf der Grundlage der Bestimmungen internationaler Verträge der Russischen Föderation in ihrer eigenen Auslegung angenommen wurden und die der Verfassung der Russischen Föderation widersprechen, unterliegen in der Russischen Föderation nicht der Vollstreckung.“

Ein solcher Freibrief zum Bruch internationaler Verträge erhält eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem neugefassten Artikel 69:

„Die Russische Föderation unterstützt im Ausland lebende Landsleute bei der Ausübung ihrer Rechte, der Gewährleistung des Schutzes ihrer Interessen und der Bewahrung der gesamtrussischen kulturellen Identität.“

Nach Meinung der Autoren entsteht dadurch eine explizite verfassungsrechtliche Grundlage „für die Einmischung Moskaus im Ausland unter dem Vorwand einer humanitären Intervention“. Wieder besteht mit dieser Einschätzung eine Nähe zu der absurden Begründung für den aktuellen Invasionskrieg, nach der die russischen Landsleute vor der „faschistischen Regierung“ in Kiew geschützt und die Ukraine „entnazifiziert“ werden sollten.

Diese ideologische Begründung für den Krieg steht in engem Zusammenhang mit der ideologischen Ausrichtung russischer geopolitischer Perspektiven, die der russische Despot mit ausdrücklichem Bezug auf Stalin formuliert und sich historisierend auf die Wiederherstellung des ursprünglichen (zaristischen!) Großrussland bezieht; dazu passt auch sein mehrfach öffentlich geäußertes Bedauern über den Zerfall der Sowjetunion und den Verlust des Einflusses auf die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes, von ihm 2005 als "große geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts" bezeichnet (vgl. z.B.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/russland-sowjetunion-udssr-wladimir-putin-ukraine-kasachstan-nato-usa-1.5513596>).

Einer der Ideengeber für das mystifizierende, auf Aggression gerichtete Geschichtsbild ist der auch in Europa bekannt gewordene Neofaschist Aleksandr Dugin, dessen Einfluss auf die russische Regierung der schon genannte Andreas Umland wie folgt beschreibt:

„Die ukrainische Orange Revolution von 2004, der russisch-georgische Krieg von 2008, die Moskauer Proteste von 2011-2012, die ukrainische Revolution der Würde von 2013-2014 sowie der russisch-ukrainische Krieg seit 2014 waren Schlüsseletappen sowohl für Russlands Abwendung vom Westen als auch für Dugins Aufstieg ins Moskauer politische Establishment. Die öffentliche Präsenz Dugins verlief wellenförmig.“ (<https://pw-portal.de/putins-russland/41041-aleksandr-dugin>)

Dugin phantasiert seit 1993 – mit eklektizistischem Bezug auf Heidegger und C. Schmitt – von einer „Vierte Politische Theorie“; sein „vierter Weg“ richtet sich gegen die westlichen Demokratievorstellungen, entwickelt eine totalitäre Staatsvorstellung, vertritt nach Meinung A. Umlands einen „verklausulierten Neo-Faschismus“ mit kriegslüsterlichem („bellizistischem“) Einschlag. Dafür mag folgende Äußerung Dugins von 2015 stehen:

„Solange wie die Macht in den Händen der globalen Oligarchie ist, brauchen wir keinerlei Gesetze zu beachten – mit Ausnahme der Gesetze des Krieges und der Revolution. Im Übrigen regiert die globale Oligarchie selbst auf Grundlage einer neuen Ordnung, sie pro-

voziert Konflikte und bemüht sich diese zu manipulieren. Unter solchen Bedingungen haben wir es zu tun mit gesetzwidrigen Dieben und Wahnsinnigen, deren Vernichtung die Pflicht eines jeden normalen Menschen ist, welcher seiner arteigenen Würde treu bleibt. Der Krieg ist unsere Heimat, unser Element, unser natürliches Muttermilieu, in dem wir lernen müssen, effektiv und siegreich zu existieren.“ (Umland nennt folgende Quelle: www.4pt.su/ru/content/chetvertyy-put-vvedenie-v-chetvertuyu-politicheskuyu-teoriyu, 662) Dem braucht nichts mehr hinzugefügt werden!

Der Einfluss Dugins auf die russische Führung ist zwar umstritten, sie greift aber phasenweise auf Teile der Ideologie zurück, benutzt Dugin als Stichwortgeber, z.B. bzgl. des angeblichen „Genozids“ an russisch-sprachigen Bürgern in Georgien (schon 2008 im Georgien-Krieg benutzt) und der Ukraine. Die Darstellung mag aber verdeutlichen, in welchem aggressiven ideologischen Umfeld sich der russische Despot bewegt.

Was folgt aus der Darstellung der (innen-) politischen, militärstrategischen und ideologischen Einflussfaktoren für die Einschätzung der gegenwärtigen russischen Kriegs-Politik?

1. Diese Politik hat lange zurückreichende Wurzeln, zumindest bis ins Jahr 2007 (Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz), evt. ist der Despot von Anfang an auf hybride Politik aus der Tradition des Geheimdienstlers heraus: Erinnerung sei an die im 1. Analyse-Teil zitierte Einschätzung des Aachener Politik -Professors Helmut König – „Lüge und Täuschung in den Zeiten von Putin, Trump & Co, Bielefeld 2020, S. 203 – wonach Putin davon überzeugt sei, „dass die Suche nach Verhandlungslösungen in Konflikten prinzipiell nichts bringt und allenfalls die zweitbeste Lösung ist“.

2. Verschiedene Wissenschaftler und Experten haben schon früh – seit 2019 – die Gefahren der politischen Entwicklung Russland erkannt und vor einem Krieg mit der Ukraine gewarnt; Karl Schlögel in fast prophetischer Vorausschau schon 2015.

3. Die ideologische Ausrichtung des russ. Despoten auf die sowjetische Hegemonial-Macht der 70iger Jahre, die auch von der im 2. Analyse-Teil zitierten Swetlana Alexijewitsch unter kulturpolitischem Aspekt schon 2013 beschrieben wurde („Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus“, München 2013) und weiter zurückgreifend auf die Ausdehnung des russischen Zarenreichs lassen die russische Außenpolitik friedensgefährdend und kriegsbereit charakterisieren, was durch die brutale und menschenverachtende Kriegführung derzeit unter Beweis gestellt wird.

Fazit: Solange der russische Despot an der Macht bleibt, wird kein europäisches Friedenssystem unter Einschluss Russlands entstehen können – und kein sicherer, dauerhafter Friede für die ehemaligen russischen Republiken (besonders Ukraine, Georgien und Aserbeidschan) möglich sein (vgl. die beschriebene „Eskalationsdominanz“).

Daraus folgt eine ständige Unsicherheit für die EU-Staaten (und darüber hinaus), und dies führt zu notwendigen Überlegungen, wie eine militärische Verteidigung – zur Vermeidung politischer Erpressbarkeit – in Europa aussehen kann, eine gewisse militärische Aufrüstung mit Verteidigungswaffen eingeschlossen, ausgeschlossen aber die „atomare Beteiligung“ Deutschlands (in der NATO-Strategie). Und dies führt auch zu Überlegungen, wie dabei eine friedenserhaltende NATO-Strategie aussehen sollte, ein schwieriges Thema!

Detlev Wöske, 31.03.22

Karl Schlögel zur russischen Politik auf youtube (2014/2021/2022)

1. Putins Russland (NZZ Standpunkte) 2014

<https://www.youtube.com/watch?v=5FYfPUhQWWk>

Frage: Ist Russland eine Diktatur?

K.S.: ist eine alte Kategorie, vielleicht eine „postmoderne Diktatur“, die mit Macht, Einschüchterung, Gleichschaltung und medialer Propaganda Politik betreibt; Beispiel Putins Krim-Rede (18.03.2014), die von dem Rechtradikalen Alex. Prochanow mitgeschrieben wohl wurde; spielt mit histor. Sentiments und Ängsten, mobilisiert damit Massen; er habe ausgesagt, Goebbels sei ein großes Talent.

Frage: Einschätzung des russ. Präsidenten?

K.S.: „Wir müssen uns auf alles gefasst machen“: P. sei unberechenbar, spiele mit Schwächen, internen Widersprüchen von anderen Staaten (Baltikum, Ukraine, Ossetien), betreibe „Piraten-Politik“, sei ein „postmoderner Eklektiker“.

Frage: War die NATO-Osterweiterung eine Provokation?

K.S.: „Alles ist (für P.) eine Provokation“: Sanktionen, Verteidigung der Ukraine; überall, wo Russenleben, beanspruche er legitime Interventionsrechte, es sei eine „imperial-völkische Politik“

Frage: Soll in Europa aufgerüstet werden?

K.S.: „Man muss Putin alles zutrauen.“ Der Westen klammere sich seit der Wiedervereinigung/Annäherung 1989 „an die Vorstellung, dass alles irgendwie gutgehen wird“. Europa müsse sich verteidigen können angesichts der russischen „Dominanz der Eskalation“ und „Definitionshoheit“ hinsichtlich militärischer Konflikte.

Putin müsse klar sein, „die Ukraine hat ein Recht auf Selbstverteidigung“, auch mit gelieferten Waffen, braucht die „Möglichkeit, sich zu rüsten“. Nur auf Sanktionen zu setzen, bedeute „eine Einladung weiterzugehen“, vielleicht werde sogar Mariopol demnächst bombardiert.

Frage: Soll die Ukraine aufgerüstet werden?

K.S.: Die alleinige Anwendung von Diplomatie und Sanktionen sei ein „Freibrief (dafür), dass man gewaltsam vorgeht“, es werde „weitergehen mit gewaltsamen Aktionen“; wir müssten „den energetischen Erpressungen standhalten“, alle Intelligenz dafür aufbringen, um den Druck (über Energie-Abhängigkeit) zu mindern.

Frage: Wie können wir der Ukraine beistehen?

K.S.: „Die Einstellung, „wir müssen Putin eine Chance geben, sein Gesicht zu wahren“, sei eine falsche Beschwichtigung; die Ukraine müsse sich verteidigen können, wie, womit, darüber könne er keine Aussagen machen (er sei kein Militär-Experte).

Frage: Welche Bedeutung hat Diplomatie? Was ist, wenn sie versagt?

K.S.: „Das besänftigende Einreden auf jemanden, der eine systematische Politik der Lüge betreibt, der es wagt, der Weltöffentlichkeit zu sagen, ich führe gar keinen Krieg, das ist gar kein Krieg, und der auch gegenüber dem eigenen Volk verschweigt, dass er einen

Krieg führt, der Soldaten verheizen lässt, der es nicht wagt, sie sozusagen bestatten zu lassen, wie es sich gehört (...), sie werden verscharrt mit Nummern. (...) [*Im aktuellen Krieg werden die Leichen in einem grenznahen Krematorium verbrannt, um Aufsehen zu vermeiden. D.W.*] Und vielleicht kommt die Hauptstärke und die Hauptantwort von den tapferen Soldatenmüttern, die ihm ein Bein stellen werden, (...) die darauf bestehen, dass die Wahrheit gesagt wird.“

Frage: Gibt es einen neuen „Kalten Krieg“? Position dazu?

K.S.: „Die Rede vom ‚neuen Kalten Krieg‘“ sei falsch, die alte „heile Welt der symmetrischen Abschreckung“ nicht mehr wirksam, „ist unterlaufen worden“, es bestehe eine neue Situation mit „lokale(n) Kriegsschauplätze(n) in Europa“: „Es wird wieder ein Angriff auf einen europäischen Staat möglich, ohne dass die ganze Balance der Macht kippt“, zudem Söldner im Kriegseinsatz, die u.a. in Tschetschenien geschult seien, „SpezNas-Aktionen“ (hybride Kriegsführung durch instruierte Spezialisten im Kampf), auf diese neue Situation müsse man sich einstellen, da sei die europäische Politik im Rückstand.

2. Gespräch mit Michael Krons (phoenix) 06/2021

<https://www.youtube.com/watch?v=Uhpv9tRQHnY>

Frage: Kann man sich bei Putin auf Vereinbarungen verlassen?

K.S.: P. ist ein sehr intelligent kalkulierender Mensch; aber sein Ziel ist nicht, ob er Regeln einhält, sondern er spielt damit, und er hat es bisher vermocht, sozusagen den Tisch umzuwerfen, auf dem sozusagen die Regeln ausgebreitet sind, und ich finde den Terminus sehr wichtig, sozusagen die Eskalationsdominanz zu behalten, immer wieder mit neuen Vorstößen zu überraschen. Und die größte Stärke von P. ist nicht, dass er ein Programm für ein modernes Russland hat, seine größte Stärke ist herauszufinden, wo die Schwäche des Westens ist, um den Westen, Europa auseinanderzudividieren.

Es gibt eine Strömung, die bereit ist, fast um jeden Preis, das hinzunehmen, nicht sich darauf zu konzentrieren, wie man dem entgegentritt wie man sich auch selbst verteidigt. Und eine Macht, die so mit ihren Bürgern umgeht, wie das in Moskau und Minsk geschehen ist, vor so einer Macht müssen auch die Nachbarn Angst haben.

3. Europa am Scheideweg? K. Schlögel: Europa von Russland aus gesehen – 14.02.2022

<https://www.youtube.com/watch?v=61IexVoZ0zw>

Schaut selbst... (Schlögel ab 24.30 min.)

Detlev Wöske, 05.04.22